

Mexiko vor der Klimakonferenz

Frank Priess

Klimaschutz ist für die Regierung des mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón eine erklärte Priorität. Immer wieder nimmt er internationale Treffen zum Anlass, die Gemeinschaft der Staaten an ihre gemeinsame Verantwortung zu erinnern, zuletzt beim G20-Gipfel im kanadischen Toronto. Die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, so der Präsident damals, dürften die Aufmerksamkeit nicht von einer Problematik abziehen, für die die Welt keine zweite Chance erhalten werde. Gleichwohl werde der Weg nach Cancún und die Suche nach Kompromissen „schwierig und kompliziert“. Entsprechend hat auch die mexikanische Diplomatie die Vorbereitungsphase der sogenannten COP 16 vom 29. November bis 10. Dezember in diesem mexikanischen Badeort – sie folgt dem weitgehend gescheiterten und mit vielen Erwartungen belasteten Gipfel von Kopenhagen – zu nutzen versucht, um Konsensmöglichkeiten auszuloten und echte Fortschritte zu erzielen.

„Das schlechteste Szenario“, so Außenministerin Patricia Espinosa, „wäre, wenn in Cancún überhaupt keine Übereinkunft zustande käme“. Es sei Zeit, so die Ministerin, „alte Paradigmen“ aufzubrechen. Mit einer intensiven Reisediplomatie – unter anderem nach Chile, Argentinien, Brasilien und Kolumbien – versucht sie derzeit, zumindest die Lateinamerikaner für eine gemeinsame Linie zu gewinnen. Im Juli hatte sie bereits Japan, Indonesien, Südkorea und Malaysia besucht, wobei die Frage der Unterstützung

für die Cancún-Konferenz im Mittelpunkt stand – konkrete Ergebnisse allerdings verlauteten nicht. Das passt zur internationalen Tendenz, die Erwartungen für den Gipfel herunterzuschrauben und bewusst kleinzureden – noch einmal möchten vor allem die besonders engagierten Klimaakteure nicht mit leeren Händen vor ihr heimisches Publikum treten müssen.

Felipe Calderón selbst – gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte er die Cancún-Vorbereitungskonferenz in Bonn Mitte des Jahres eröffnet und auf dem Treffen der afrikanischen Staatschefs in Ugandas Hauptstadt Kampala Ende Juli um Unterstützung geworben – hat sich dabei immer wieder in einer gewissen Mittelposition zwischen den Industrieländern und wichtigen Sprechern der Schwellen- und Entwicklungsländer positioniert, etwa, wenn er einerseits zusätzliche Anstrengungen Ersterer zur Reduktion der Treibhausgase anmahnte, gleichzeitig aber auch für konkrete Verpflichtungen auch Letzterer plädierte. Hier ging Mexiko mit der Selbstverpflichtung, die eigenen Treibhausgasemissionen bis 2020 um dreißig Prozent zu reduzieren, voran. Auch plädiert Mexiko nachhaltig für den internationalen Emissionshandel und eine zweite Phase des Kyoto-Protokolls.

Die Bereitstellung von Mitteln über bisherige Finanzierungsmechanismen hinaus – bislang, so Calderón, seien 28 Milliarden Dollar für die kommenden drei Jahre definitiv zugesagt – sei eine Verpflichtung der Industrieländer. Speziell

dem Technologietransfer komme hohe Bedeutung zu. Um internationale Mittel allerdings auch tatsächlich zu erlangen, so der Präsident, bedürfe es konkreter Projekte, deren Resultate „messbar und verifizierbar“ seien. Seine eigene Idee zudem: Ein „grüner Fonds“ auf Weltniveau mit einem Volumen von hundert Milliarden Dollar jährlich ab 2020. In diesen Fonds soll jedes Mitglied der Vereinten Nationen einzahlen – nach seiner Verantwortung für den Klimawandel und seiner wirtschaftlichen Stärke – und auch Mittel daraus beziehen können.

Für den Zeitraum von 2009 bis 2012 hat die mexikanische Regierung ein „Spezialprogramm für den Klimawandel“ (*Programa Especial de Cambio Climático* – PECC) aufgelegt, in dessen Analyseteil die besondere Verwundbarkeit des Landes deutlich gemacht wird: Danach sind fünfzehn Prozent des nationalen Territoriums und 68,2 Prozent der Bevölkerung erhöhten Risiken ausgesetzt, mehr als siebenzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts könnten betroffen sein. Mehr als zwanzig Millionen Mexikaner leben allein in Gebieten, die von den Auswirkungen von Tropenstürmen betroffen sind. Die geografische Lage des Landes zwischen den Ozeanen, seine Klimabedingungen und hydrologischen Gegebenheiten machen den Klimaschutz zu einer zentralen – wenn auch lange vernachlässigten – Aufgabe. In speziellen „Risikoatlanten“ will man nun bis 2012 Grade der Verwundbarkeit spezifizieren, die Verantwortlichkeiten der Bundesstaaten einbeziehen und ein „Programm der ökologischen Neuordnung“ auf den Weg bringen.

In jüngster Zeit hat man sich denn auch zu Hause um konkrete Projekte gekümmert. Mit Unterstützung Norwegens etwa wurde ein umfangreiches Wiederaufforstungsprogramm in Gang gesetzt – 1,5 Milliarden Dollar wollen die Europäer dafür in den kommenden drei Jahren be-

reitstellen, auch die Degradation von Böden wird als prioritäres Thema gesehen. Mexikos Umweltminister Juan Rafael Elvira hofft zudem auf verpflichtende Übereinkünfte zur Bereitstellung zusätzlicher Klimaschutzmittel. Schadstoffminderung und Anpassung (Adaptation) an die sich verändernde Klimasituation gehörten zusammen. Mexiko habe 144 Detailprogramme in der Schublade, mit der eine Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen von dreihundert Millionen Tonnen möglich werde – dafür seien Mittel von 2,1 Milliarden Dollar erforderlich.

Mit diesen Ansätzen und Aussagen befindet man sich in Mexiko ganz in Übereinstimmung mit den Erwartungen des ehemaligen Bundesumweltministers Klaus Töpfer. Dieser hatte bei einem Treffen mit mexikanischen Umweltpolitikern, die auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Frühsommer Deutschland besuchten, betont, nachhaltige Entwicklung müsse als integriertes Thema und nicht nur als eines der Umweltpolitik verstanden werden. Der legitime Wunsch nach Wachstum, gerade in den Schwellenländern, müsse allerdings vom Energiewachstum entkoppelt werden. Für Cancún hielt er Übereinkünfte für eine ausgeweitete Technologiekooperation, für Adaptation und Finanzierung, für ein Waldprogramm sowie für klare Ziele bei den „Annex-1-Ländern“ für möglich, „mehr aber auch nicht“. Bindende Abkommen nach dem Vorbild des Kyoto-Protokolls werde es auf absehbare Zeit nicht geben: auch in dieser Hinsicht scheint der mexikanische Gastgeber in Cancún flexibel und wird das Machbare vor das Wünschbare stellen – das Verhalten der mexikanischen Delegation ließ bereits in Kopenhagen diese Richtung erkennen.

Reformgesetze auf dem Weg

Zur Besuchergruppe gehörte auch PAN-Senator Alberto Cárdenas Jiménez, der

gerade ein Klimagesetz in den Gesetzgebungsprozess Mexikos eingebracht hat. Es stößt Reformen von 34 Einzelgesetzen an. Zentral ist dabei ein stabiler juristischer Rahmen für Innovationen bei erneuerbaren Energien, für das Energiesparen und die Reduktion des Treibhausgasess CO₂. Dafür würden ambitionierte Ziele klar formuliert, so etwa die Reduktion von 51 Millionen Tonnen CO₂ bis 2012. Zur Implementierung wird eine Klimakommission mit ausgedehnten Kompetenzen vorgeschlagen, der neben dem Staatspräsidenten acht weitere Kabinettsmitglieder angehören sollen. Über den „Grünen Fonds“ würden die materiellen Ressourcen gebündelt – auch internationale Zuwendungen könnten hier einfließen. Ferner solle ein nationales Emissionsregister geschaffen werden. Ein Emissionsmarkt müsse entstehen – Verstöße müssten mit klaren Sanktionen geahndet werden können. Auch gehe es im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung darum, die Energieeffizienz und die Effizienz beim Ressourcenverbrauch erheblich zu steigern.

Parallel aber braucht Mexiko erhebliche Unterstützungen, um überhaupt ein eigenes *monitoring* zu verbessern. Felipe A. Vázquez, Generalkoordinator des nationalen Wetterdienstes, fordert deshalb erhebliche Investitionen des Landes in die Professionalisierung der Klimaadministration und ein Nationales Institut für Klimaprognosen. Bisher biete keine mexikanische Universität anspruchsvolle Studiengänge für Klima und Meteorologie an, die Behörden verfügten nur über wenige ausgebildete Spitzenkräfte.

In der deutsch-mexikanischen Kooperation nehmen Umwelt- und Energiefragen eine herausragende Stellung ein, wie die jüngsten Regierungsverhandlungen wieder gezeigt haben. Konzentrierte sich die deutsche technische Zusammenarbeit – speziell über die GTZ – zunächst stark auf das Thema Industrieabwässer, ist die

Palette nun erheblich angereichert worden. Die Förderung erneuerbarer Energien steht auf der Tagesordnung, Kreditlinien dazu wurden geschaffen, in Kooperation mit Mexiko soll es gemeinsame Projekte in Zentralamerika geben.

Naturkatastrophen stärken Problembewusstsein

Klimatische Verwerfungen der jüngsten Zeit richten auch die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung im Land immer wieder auf den Klimawandel – das Problembewusstsein in Sachen Umwelt steigt. Jedes Jahr kommen in Mexiko mehr als fünfhundert Menschen bei Naturkatastrophen ums Leben, über eine Million Menschen verlieren regelmäßig ihr Hab und Gut, Schäden an der Infrastruktur gehen in die Milliarden. Erst im Juli 2010 hat der Hurrikan „Alex“ den Norden des Landes und die Industriemetropole Monterrey verwüstet.

Eine deutliche Zunahme solcher Ereignisse verzeichnet der nationale Katastrophenschutz in den zurückliegenden zehn Jahren – Regenzeiten gäbe es heute in sehr viel unregelmäßiger und damit unkalkulierbarer Form als früher. Überschwemmungen und große Dürren wechselten sich ab, mit verheerenden Konsequenzen auch für die Landwirtschaft. Wissenschaftliche Studien zeigen eine zusätzliche Dramatik: Sie sprechen bei einem nachhaltigen Temperaturanstieg von erheblichen Auswirkungen auf die Biodiversität Mexikos und sehen nicht zuletzt Konsequenzen für die Tropenwälder des Landes.

„Mehr noch als natürlich sind die Desaster politisch“, gibt allerdings Gustavo Ampugnani von Greenpeace Mexiko zu bedenken und wirft der Politik vor, auf die längst vorliegenden Diagnosen unangemessen zu reagieren – Nachlässigkeit und Korruption gingen dabei Hand in Hand. Die drei Milliarden Pesos, über die der Katastrophenschutz jährlich verfüge, seien in

Prävention besser angelegt als in immer neuen und späten Reaktionen auf eingetretene Schäden. So bedürfte es unter anderem einer besseren Auslegung der Abwassersysteme für größere Regenmengen in kürzerer Zeit, einer besseren Handhabung der Staudämme und der Umsiedlung besonders gefährdeter Wohnbezirke. Auch die medizinische Versorgung bei klimabeeinflussten Krankheiten wie Denguefieber und Malaria gelte es dringend zu verbessern.

Umweltbewusstsein defizitär

Auch das Umweltbewusstsein im Lande ist generell noch stark unterentwickelt. Mexikanische Autoverkäufer wissen zwar ganz genau zu erklären, wie stark die Maschine eines Fahrzeugs ist – bei gleichem Modell erheblich stärker als zum Beispiel bei den in Deutschland angebotenen Varianten –, über Umweltstandards können sie dagegen kaum Aussagen machen. Subventioniertes, billiges Benzin tut ein Übriges dazu, dass gerade die besitzenden Schichten des Landes gern zu prestigeträchtigen Autos greifen, deren Durchschnittsverbrauch jenseits der fünfzehn Liter pro hundert gefahrene Kilometer liegt. In den Supermärkten wird der Einkauf kostenfrei in ganzen Wellen von Plastiktüten untergebracht, selbst kürzere Wege zu Fuß zu erledigen erwägen viele Mexikaner höchstens in Notfällen. Legendar ist die Wasserverschwendung: In der gerade in Trockenzeiten immer wieder von Kürzungen der Wasserzufuhr betroffenen Metropolregion der Bundeshauptstadt etwa erreichen rund vierzig Prozent der inzwischen von weit her herbeigepumpten Mengen die 22 Millionen Einwohner gar nicht erst – sie gehen unterwegs verloren. Investitionen in die marode Infrastruktur gelten Entscheidungsträgern als politisch unrentabel. Nur ein Bruchteil des verbrauchten Wassers wird geklärt. Die massiven Subventionen des Wasserpreises –

Ähnliches gilt für Elektrizität – sind zudem wenig geeignet, die Menschen zum sparsamen Umgang mit diesem knappen Gut anzuhalten. Nach wie vor gehört die tägliche morgendliche Autowäsche durch dienstbare Hausangestellte in Mexikos „besseren“ Wohnvierteln zum Standard – ebenso übrigens wie das Abspritzen der Bürgersteige.

Immerhin unternimmt gerade die Hauptstadtregierung Anstrengungen, die Bürger zu mehr Sensibilität zu motivieren und etwa die Nutzung von Fahrrädern zu fördern, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wird ebenfalls vorangetrieben. „Autofreundliche“ Großprojekte wie der sogenannte „zweite Stock“ der Stadtautobahn oder eine jetzt begonnene Verbindung zwischen dem boomenden Wirtschaftszentrum Santa Fe und dem Süden der Stadt konterkarieren allerdings diese Politik.

Wege aus der Ölabhängigkeit

Gleichzeitig ist Mexiko mit seinen nach wie vor vorhandenen, aber stark zurückgehenden Reserven an nicht erneuerbaren Energien, speziell Erdöl, an der Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien besonders interessiert und für Fragen der Energiekonversion empfänglich: Die Dringlichkeit der Debatte lässt sich auch daran festmachen, dass Mexiko nach wie vor rund vierzig Prozent seiner Haushaltseinnahmen aus dem Verkauf von Rohöl deckt. Hier liegt auch die wichtigste Devisenquelle des Landes – deutlich vor den Überweisungen der Auslandsmexikaner in ihr Heimatland und den Einnahmen aus dem Tourismus. Einnahmen aus Aktivitäten der organisierten Kriminalität bleiben dabei allerdings unberücksichtigt.

Eine erste Energiereform der Regierung Calderón gleich zu Beginn seiner sechsjährigen Amtszeit blieb – auch aufgrund zahlreicher Tabus im Zusammenhang mit der staatlichen Energiefirma

PEMEX – weit hinter den Notwendigkeiten zurück und verlangt nach einer Reform der Reform. Gerade für Auslandsinvestitionen bleibt der mexikanische Energiemarkt weitgehend verschlossen – im hundertsten Jahr der mexikanischen Revolution wirkt der national-revolutionäre Impetus nach, die Verstaatlichung der Ölfirmen durch Präsident Lazaro Cardenas in den Dreißigerjahren und das staatliche Energiemonopol sind auch heute noch unantastbar.

Hohe Aktualität hat diese Debatte jetzt allerdings durch den Ölunfall von BP im Golf von Mexiko und den Untergang der Plattform *Deepwater Horizon* erhalten. Die oberflächennahen mexikanischen Ölvorkommen, die mit geringen Kosten zum Beispiel im wichtigsten Ölfeld *Cantarell* gefördert werden, gehen drastisch zur Neige. Für die Erschließung neuer Felder sind just die jetzt in die Kritik geratenen Tiefseebohrungen erforderlich, für die Mexikos PEMEX auf internationale Kooperationen angewiesen wäre: Sie selbst verfügt weder über hinreichendes Know-how noch über die notwendigen Mittel.

Überaus vielversprechend sind in Mexiko die Möglichkeiten für Wasser- und Windkraft sowie Bioenergie, wie Experten feststellen. Vor allem der Süden des Landes und der Bundesstaat Oaxaca – hier gingen vor Kurzem große Windparks der spanischen Multis *Iberdrola* und *Gamesa* ans Netz – mit seinen thermischen Gegebenheiten an der Engstelle zwischen Pazifik und Karibik garantierten exzellente Ergebnisse, so etwa Eduardo Zenteno García-Galindo, Präsident der mexikanischen Vereinigung für Windenergie. Zurückhaltender ist man demgegenüber bei der Produktion von Biotreibstoffen: Hier ist die Befürchtung groß, dass diese die traditionelle Nahrungsmittelproduktion, speziell Mais, verdrängen könnten – mit erheblichen Auswirkungen gerade auf die einkommensschwächsten Teile

der Bevölkerung. Der Norden des Landes mit seinen ausgedehnten Wüsten- und Halbwüstengebieten bietet zudem ein enormes Potenzial für die Sonnenenergie, wofür sich mexikanische Politiker bereits in den USA und Europa interessieren. Windkraft- und Solaranlagen haben zudem den Vorteil, kleine, nicht an das allgemeine Stromnetz des Landes angeschlossene Gemeinden dezentral zu versorgen – und davon gibt es noch viele. Auch will Mexiko auf der Suche nach einem intelligenten Energiemix nicht auf die Nuklearenergie verzichten, die mit dem Kraftwerk *Laguna Verde* erheblich zur Energiesicherheit des Landes beiträgt. Interessante Uranvorkommen, deren Erschließung allerdings größere Investitionen benötigte, runden das Bild ab.

Die bevorstehende Konferenz in Cancún bietet nun für Mexiko vielfältige Chancen: Einerseits kann das Thema Klimawandel und Umweltschutz nachhaltig in der nationalen Öffentlichkeit positioniert werden, um ganz im Sinne der Regierung Calderón, nicht nur mit Sicherheitsproblemen und einer schwachen Wirtschaftsentwicklung auf sich aufmerksam zu machen. Gleichzeitig unterstreicht Mexiko seine Rolle als aktives und verantwortliches Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft, das im Multilateralismus immer eine wichtige Leitlinie seiner Außenpolitik gesehen hat.

Mexiko will sich in Cancún für die Delegationen aus aller Welt und nicht zuletzt die Heerscharen internationaler Journalisten als guter Gastgeber zeigen – einen Imagewandel in der internationalen öffentlichen Meinung kann man aktuell gut gebrauchen. Wenn der Name „Cancún“ mit einem neuen Klimaüberkommen verbunden werden könnte – umso besser. Wenn nicht, soll er wenigstens für einen Meilenstein auf dem Weg zum nächsten Gipfel 2011 in Südafrika stehen, der echte Fortschritte markiert.